

Perspektiven für Europa

Nur wo Licht ist, ist auch Schatten

Im Gespräch mit Rainer Wieland, MdEP 6

Friedrich Lists Vision von Europa 24

Neue Angebote der bdvb akademie 34



2. bdvb Wirtschaftskongress 2017

Digitale Transformation – Der Faktor Mensch

**KONGRESSBESUCHER ERHALTEN EXKLUSIV 10% RABATT
AUF DEN KURS „DIGITAL STRATEGIST (DAPR)“**

**Frühbucher-
preis bis
3. Mai 2017**

Top-Themen:

- Adapt or Die – Geschäftsmodelle neu denken
- Disrupt and Fly – Neue Business-Modelle für den Menschen von Morgen
- Digital Leadership – Zusammenarbeit neu definiert
- Cyber-Kriminalität – Die Schattenseite der digitalen Wirtschaft



Heike Bingmann,
EMG,
ZF Friedrichshafen AG



Nico Gabriel,
Geschäftsführer,
DriveNow GmbH & Co. KG



Frank Klingenhöfer,
Vorsitzender der Region
Mitte / Regionalleiter
Marketing, DB Regio AG



Ernst Esslinger,
Director Methods /
Tools Systems,
HOMAG GmbH

2. bdvb Wirtschaftskongress 2017

Digitale Transformation – Der Faktor Mensch

27. Juni 2017
LINDNER Congress Hotel Düsseldorf

Veranstalter

bdvb
Das Netzwerk für Ökonomen

Medienpartner

**Wirtschafts
Woche**
So verstehen wir Wirtschaft.

Editorial

3

Aus Wirtschaft und Gesellschaft

Zu den Wurzeln. In der Rückbesinnung liegt die Chance eines Neuanfangs	12
Die EU: ein Wirtschaftsraum mit vielen Herausforderungen	14
Die EU-Investitionsoffensive – ein Hoffnungsträger für den wirtschaftlichen und politischen Aufbruch in Europa	16
Glosse: Lieber Peter Panter	21
Nie war er so wertvoll wie heute! Die ökonomischen Lehren von Friedrich List	24
Identität im Wandel	30

**Impressum****bdvb aktuell**

Ausgabe 136
April bis Juni 2017
ISSN 1611-678X

Herausgeber

Bundesverband Deutscher
Volks- und Betriebswirte e.V.
Florastraße 29, 40217 Düsseldorf
Tel. +49 211 371022, Fax +49 211 379468
www.bdvb.de, info@bdvb.de

Redaktionelle Mitarbeit in dieser Ausgabe
Dr. Matthias Meyer-Schwarzenberger (V.i.S.d.P.),
Birgit Schoerke-Zitz, Florian Ries (fr)

Anzeigen, Druck und Herstellung

Köllen Druck + Verlag GmbH
Ernst-Robert-Curtius-Str. 14
53117 Bonn-Buschdorf
Tel. +49 228 9898282, Fax +49 228 9898299
verlag@koellen.de

Der Bezugspreis von 7,50 Euro ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur in Absprache mit dem Herausgeber gestattet.

Für den Inhalt der Artikel sind die jeweiligen AUTORen verantwortlich.

Bildnachweise

Titel: © 123rf.com

Inhalt: Soweit nicht anders gekennzeichnet, alle Bilder/Grafiken © 123rf.com

Interview

Rainer Wieland, MdEP: Trump, Putin, Le Pen, Wilders – ist 2017 das Schicksalsjahr der EU?	6
Prof. Dr. Florian Grotz: Die Parteien brauchen klar unterscheidbare Standpunkte	9
Prof. Dr. Meinhard Miegel: Ist Europa eine Werte- oder eine Wirtschaftsgemeinschaft?	18
Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger: Ein Durchgangsstadium auf dem Weg zum Weltstaat	22
Yvonne Gebauer: Das Kooperationsverbot ist ein Fehler: Der Bund muss sich wieder im Bildungssystem engagieren	28



Studium und Karriere

Arbeiten in Europa	32
bdvb akademie	34
EU-Karriere: Einstieg in die Beamtenlaufbahn	36
Bewerbungsgespräche – Graus oder Kür?	38
Raus aus dem Mikromanagement	40
Der 9. Bayreuther Ökonomiekongress	42
Wissenswerke	43



Verbandsleben

Auf ein Wort, Herr Dr. Meyer-Schwarzenberger	44
Mensch bdvb	45
Aus den Fachgruppen	46
Bundesminister Schmidt zu Gast bei der Bezirksgruppe Nürnberg/Nordbayern	47
Bezirks- und Hochschulgruppen	48
Termine	54
Treffs und Stammtische	60
Studie: Welche Bedeutung hat Netzwerken für mittelständische Unternehmen?	61
Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder	64
Wir gratulieren herzlich	65



Kolumne

Das Mitglied hat das letzte Wort	66
----------------------------------	----



Im Gespräch mit: Rainer Wieland, MdEP



Trump, Putin, Le Pen, Wilders – ist 2017 das Schicksalsjahr der EU?

Fünf Jahre nach Erhalt des Friedensnobelpreises schwappt eine Welle aus Populismus und Nationalismus über den Kontinent. Europas Gegner im Inneren sind nur eine lautstarke Minderheit, doch Trump ist die EU gleichgültig und Putin versucht, die EU zu spalten. Wohin driftet Europa? Im Gespräch mit Bodo Wißkirchen, Vizepräsident des bdvb, bezieht der Vizepräsident des EU-Parlaments Rainer Wieland exklusiv Stellung.

bdvb: Die Friedensperiode in Europa dauert nun schon 72 Jahre an. Niemals gab es eine derart lange Phase, in der Europäer neben- und miteinander lebten, statt sich zu bekriegen. Dennoch verbinden nicht wenige Bürger Desinteresse oder sogar Skepsis mit dem europäischen Einigungsgedanken. Wie ist das zu erklären?

Wieland: Die letzten Jahre haben Europa vor große Herausforderungen gestellt. Das hat viele

Menschen in Europa verunsichert. Die Bankenkrise und die Staats-schuldenkrise sind hierfür nur zwei Schlagworte. 2015 und 2016 kam die Flüchtlingskrise dazu. Gerade dafür brauchten und brau-chen wir Zeit, um geeignete Lösungen zu finden. Mit der neuen Grenzschutzagentur haben wir schon einen richtigen Schritt ge-macht. Wir müssen wissen, wer in Europa einreist. Eine Welle von illegalen Einwanderern darf es so nicht mehr geben. Wir müssen wieder dahin zurückfinden, dass

unsere Antworten von den Men-schen verstanden werden und sie ihnen nützen und sie schützen.

Ich will aber schon auch zum Aus-druck bringen, worauf ich explizit bestehé: Die krisenhaften Zuspi-tzungen der letzten Jahre sind ausschließlich keine Krisen der Europäischen Union, sondern Krisen der Nationalstaaten. Was das Desinteresse am europäi-schen Einigungsgedanken angeht, so glaube ich, dass uns über die letzten Jahre und Generatio-

nen hinweg zunehmend die Wertschätzung für das, was wir erreicht haben, ein wenig abhan-dengekommen ist. Es ist selbst-verständlich geworden, dass wir in Frieden und Wohlstand leben. Unsere Aufgabe ist es daher auch, immer wieder darauf hinzu-weisen, welche Erfolge wir mit der Europäischen Union erreicht haben.

Großbritannien verlässt die EU. Hofer wäre beinahe öster-reichischer Bundespräsident

© Felix Kindermann

geworden. In Frankreich hat Marine Le Pen starken Zulauf und zum Zeitpunkt des Interviews ist Wilders in Holland klar in Führung. Ist es nur eine Frage der Zeit, bis weitere Länder die EU und den Binnenmarkt verlassen werden?

Zunächst will ich einmal darauf hinweisen, dass es nach wie vor Länder in die EU – übrigens auch in den Euro – zieht und sie an ihren Zeitplänen festhalten. Das kann man damit abtun, dass sie halt an die europäischen Gelder wollen. Dennoch ist es auch der Binnenmarkt, der mit seiner Freizügigkeit eine hohe Attraktivität für einige Drittländer ausübt.

Die Europäische Union ermöglicht uns einen gewissen Wohlstand und eine Art zu leben, um die uns einige beneiden. Wir haben mit unseren vier Grundfreiheiten „Freiheit des Personen-, des Waren-, des Dienstleistungsverkehrs und der Finanzmarktprodukte“ hervorragende Errungenschaften und die müssen wir

auch – gerade mit Blick auf den Brexit – verteidigen. Es stimmt, dass die populistischen Tendenzen in letzter Zeit angestiegen sind. Aber es werden schlussendlich nur Wahlen zeigen, wie die Menschen entscheiden. Die Wahl in Österreich war beispielsweise ein wichtiges Signal für Europa! Die Bevölkerung hat sich zu einer europafreundlichen Politik positioniert und sich von Schreckgespenstern der europakritischen FPÖ nicht verängstigen lassen. Österreich hat gezeigt, dass man auch mit einem Kurs pro Europa Wahlen gewinnen kann. Dieses Ergebnis ist ein großer Erfolg, auf den wir weiter aufbauen können, um dem zunehmenden Populismus in Europa zu begegnen.

Hinzu kommt: Seitdem offenkundig wurde, dass ein Brexit für das Vereinigte Königreich durchaus Probleme mit sich bringt und diese keine Horrorszenarien der Remainders waren, sind die Austrittsrufe der Populisten auffällig leiser und weniger geworden. Denn die Parolen der Populisten gedeihen neben der Angstmache auf der Gewissheit, nicht liefern zu müssen.

Natürlich dürfen wir solche Kräfte, die wir auch in Deutschland

etwa mit der AFD haben, nicht unterschätzen. Offenbar gibt es auch bei uns Potenzial, das für meist leere oder unrealistische Versprechungen, einfache Lösungen oder blanke Lügen und nationalistische Parolen anfällig ist. Dennoch denke ich, dass sich die Deutschen, ähnlich wie die Österreicher, schlussendlich für ein weltoffenes Deutschland in Europa entscheiden werden. Gleichermaßen kann man in Frankreich auch hoffen. Marine Le Pen und der Front National, wie auch Geert Wilders, sind in der öffentlichen Wahrnehmung noch deutlich radikaler. Ein Wahlsieg dieser Spitzenkandidaten würde sicher nicht zu einem besseren Verhältnis innerhalb Europas führen und Gräben schaffen.

Der ehemalige FAZ-Herausgeber Günther Nonnenmacher schreibt in der Ausgabe 6/2017 der Frankfurter Allgemeinen Woche „Europa steht auf schwankendem Boden“. Hat er Recht?

Das möchte ich so nicht unterschreiben! Die Krisen der letzten Zeit haben aber durchaus gezeigt, wo die Schwachstellen in der Zusammenarbeit der Staaten in der Europäischen Union und ihrer Gesetzgebung liegen. Die Geschichte der Integration unseres Kon-

tinents zeigt klar, dass wir im Wesentlichen durch Krisen vorangekommen sind. Bei blauem Himmel neigen die „local heroes“ in den Mitgliedstaaten dazu, sich selbst auf die Schultern zu klopfen. Erst Krisen rücken wieder in den Blick, dass es Problemfelder gibt, auf denen nur europäische Antworten zu befriedigenden Ergebnissen führen.

Allgemein wird behauptet, die Politik sei nicht mehr nah genug an den Bedürfnissen der Menschen. Die Bevölkerung hat das Gefühl, nicht gehört zu werden. Ich denke, genau diese Empfindung ist ein Grund dafür, dass aus Protest Parteien gewählt werden, die vermeintlich auf die Ängste der Menschen eingehen. Dass das ein Trugschluss ist, kristallisiert sich leider erst dann heraus, wenn diese populistischen Parteien sich an ihren Taten messen lassen müssen und sie nicht liefern können. Dieser „schwanken-de Grund“ trifft aber nicht lediglich die europäische Ebene, sondern ist ein gesellschaftliches Phänomen, mit dem sich alle Politikebenen, auseinandersetzen müssen.

Präsident Trump bringt die USA auf einen protektionistischen Kurs. Wie kann die





DER INTERVIEWPARTNER:

Rainer Wieland, geb. 1957 in Stuttgart, wurde 2009 zum Vizepräsident des europäischen Parlaments gewählt. 2014 wurde er als einziger Vizepräsident wiedergewählt. Er ist derzeit der ranghöchste deutsche Parlamentarier auf europäischer Ebene. Seine Mitgliedschaft im europäischen Parlament jährt sich in diesem Jahr zum 20. Mal. Seit 2011 ist der leidenschaftliche Europäer Bundesvorsitzender der Europa-Union e.V. Das ist die größte Bürgerinitiative für Europa in Deutschland. Sie ist überparteilich und hat rund 17.000 Mitglieder.

EU auf solche Maßnahmen reagieren?

Freier Handel ist wichtig. Wenn Sie in die Geschichte blicken, können Sie Erbfolgestreitigkeiten – die heute nicht mehr denkbar sind – als Kriegsursachen abziehen. Stehen bleiben im wesentlichen Handelskriege als Ursachen für richtige Kriege, denn Streitigkeiten um Zugang zu den Meeren ist in Binnenmärkten auch der Boden entzogen. Offene Handelsbeziehungen zwischen Partnern auf Augenhöhe fördern nicht nur den Wohlstand, nützen nicht nur den Verbrauchern, sondern dienen auch dem friedlichen Zusammenleben der Völker.

Die Europäische Union wird deshalb dem Trend zu Protektionismus entgegentreten. Wenn die USA sich aus dem Welthandel zurückziehen wollen, ergeben sich gerade für Europa auch neue Chancen. Beispielsweise, indem wir schnellstmöglich mit allen TPP-Staaten Gespräche über den Freihandel aufnehmen. Schließlich gehört die Europäische Union weltweit zu den Wirtschaftsräumen, die am offensten sind, und ist Partner für 80 Länder weltweit. Gerade Deutschland als Exportland profitiert davon.

Dass die EU Alternativen ins Auge fassen muss, ist klar. Die USA sind der größte Handelspartner. Allein 2015 gingen 17,6 Prozent aller EU-Exporte in die USA. Sollte der US-Präsident nun neue Zollschränke anstreben, hat das deutliche Auswirkungen auf Europa.

Mit der Annexion der Krim hat Putin in Europa Grenzen gewaltsam verschoben. Im Donbass lässt er die Lage eskalieren, in Syrien wird der Bürgerkrieg zu Gunsten von Assad gewendet trotz dessen Giftgas-Verbrechen. Obwohl ein mächtiger Nachbar Europas Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln versteht, sind die Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland in der EU umstritten.

Warum?

Das Verhalten von Präsident Putin und Russland ist unbestritten kritisch und vor allem in Hinsicht auf die Geschehnisse in Syrien zu verurteilen. Die Unterstützung des Assad-Regimes durch Russland, hat die Spannungen weiter verschärft. Bereits im März 2014 hat die Europäische Union als Antwort auf die Annexion der Krim wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen verhängt.

Das EU-Parlament hat hierbei große Geschlossenheit gezeigt. Hinsichtlich der Frage der zukünftigen EU-Russland-Beziehungen, auch im Zusammenhang mit gemeinsamen globalen Herausforderungen, muss klar sein, dass die Europäische Union vereint und entschlossen die Prinzipien des internationalen Völkerrechts bekräftigt und für sie einsteht. Gleichzeitig sind wir offen, jede Möglichkeit des Dialogs zu nutzen. Um Wege aus dieser kritischen Situation zu finden, müssen wir den Austausch mit der russischen Zivilgesellschaft intensivieren und dürfen den politischen Dialog mit Präsident Putin und russischen Regierungsmgliedern nicht abreißen lassen.

Die USA sind der größte Handelspartner. Allein 2015 gingen 17,6 Prozent aller EU-Exporte in die USA.«



**AKADEMISCHE WEITERBILDUNG
FÜR DIE BERUFLICHE PRAXIS**

1.990,-

Euro für Mitglieder
des bdvb e.V.
pro Person

2.390,-

Euro
pro Person

INKL. 3X PRÜFUNGSGEBÜHR

Qualitätsmanager/-in (Univ.)

Modul 1: Qualitätsmanagement (29.-31.05.2017)

Modul 2: Betriebswirtschaftslehre (z.B. 21.-23.06.2017)

Abschlussprüfung (z.B. 24.06.2017)

Bildungsmanager/-in (Univ.)

Modul 1: Bildungsmanagement (07.-09.06.2017)

Modul 2: Betriebswirtschaftslehre (z.B. 17.-19.07.2017)

Abschlussprüfung (z.B. 21.07.2017)

Verhandlungsmanager/-in (Univ.)

Modul 1: Verhandlungsmanagement (19.-21.06.2017)

Modul 2: Betriebswirtschaftslehre (z.B. 19.-21.07.2017)

Abschlussprüfung (z.B. 22.07.2017)

Prozessmanager/-in (Univ.)

Modul 1: Prozessmanagement (03.-05.07.2017)

Modul 2: Betriebswirtschaftslehre (z.B. 31.07.-02.08.2017)

Abschlussprüfung (z.B. 05.08.2017)

Projektmanager/-in (Univ.)

Modul 1: Projektmanagement (05.-07.07.2017)

Modul 2: Betriebswirtschaftslehre (z.B. 21.-23.08.2017)

Abschlussprüfung (z.B. 25.08.2017)

Controller/-in (Univ.)

Modul 1: Interne Kostenrechnung (02.-04.08.2017)

Modul 2: Controlling (z.B. 23.-25.08.2017)

Abschlussprüfung (z.B. 26.08.2017)

Alle Programmabschlüsse beinhalten zwei Hochschul-Zertifikatkurse mit jeweils 20 Stunden Präsenzseminar in der Kölner Innenstadt bei zugelassenen Dozenten. Insgesamt sind drei 90-minütige Prüfungen zu bestehen. Eine Anmeldung ist jederzeit bis 16 Tage vor Beginn des Präsenzseminars möglich. Pro Kurs sind maximal 20 Plätze verfügbar.

Gerne beraten wir Sie telefonisch:

(0221) 45 38 40 18

Informationen und Anmeldung unter:

www.bdvb.de/akademie



Träger des Angebots:

bdvb
Das Netzwerk für Ökonomen

IBH
Institute for professional higher education

Hochschulpartner u.a. von:

Universität
Witten/Herdecke

Universität
St.Gallen

Technische Universität
Freiberg

WHU
WIRTSCHAFTS UNIVERSITÄT WIESBADEN

Zu den Wurzeln

In der Rückbesinnung liegt die Chance eines Neuanfangs

Zur europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise ist zuletzt noch eine Sinnkrise hinzugekommen. Dabei hat die Gründungsdee der Europäischen Union nichts von ihrer Strahlkraft verloren. Was wir brauchen, ist eine Rückbesinnung auf ihre Grundwerte – und auf die gesellschaftspolitische Verantwortung von Industrie, Verbänden und Führungskräften.

Marode Banken, Massenarbeitslosigkeit, Staatsversagen und Steuererhöhungen, die stille Enteignung der Sparer im Norden und schließlich der Brexit: Europa steckt in der Krise. Die Probleme, unter denen wir heute leiden, haben ihren Ursprung aber viel früher. Es lohnt sich, die Vorgeschichte noch einmal Revue passieren zu lassen. Wer die Ursachen der Krise versteht, kann einen Ausweg finden. Ökonomen und andere Führungskräfte tragen dabei eine besondere Verantwortung.

Wie ist es zur Krise gekommen? Die Erhöhung der Mitgliederzahl und die Zunahme der wirtschaftlichen Unterschiede machten es schon seit den 90er Jahren immer schwerer, die Union zusammenzuhalten. Mit dem Euro wurde das Management noch komplexer, da es nun unterschiedliche Integrationsstufen gab. Politische Torheiten kamen hinzu, indem z.B. Griechenland in den Euro aufgenommen wurde, obwohl es die Kriterien weit verfehlte. Schließlich versetzte ausgerechnet eine deutsche Regierung (zusammen mit Frankreich) dem Prinzip der Vertragstreue einen schweren Schlag, indem sie den Stabilitätspakt ignorierte.

Dann die Osterweiterung: Die neuen Mitgliedstaaten stützten ihren Beitritt auf völlig andere Motive als die Gründungsstaaten Westeuropas. Ihnen ging es um militärische Sicherheit, wirtschaftliche Hilfen und Perspektiven der Marktwirtschaft. Die sonstigen Übereinstimmungen waren nicht so groß. Auch die demokratischen Traditionen waren weniger gefestigt.

Wer noch einen zusätzlichen Anhaltspunkt für die heraufziehende Krise benötigte, fand ihn im Scheitern der Lissabon-Strategie und der Strategie „Europe 2020“. Die Kommission hatte die ambitionierte Lösung ausgegeben, Europa im Rahmen bestimmter Fristen zur weltweit leistungsfähigsten Region zu entwickeln. Sämtliche Ziele wurden verfehlt – ein immenser Imageschaden, gepaart mit dem Unvermögen, Fehler einzugehen.

Es spricht eigentlich für die Robustheit Europas, dass alle diese Faktoren noch nicht ausreichten, um die EU zu Fall zu bringen. Dazu bedurfte es noch einer Reihe von externen Faktoren: Durch den Subprime-Schock geriet die globale Finanzwirtschaft ins Trudeln, Banken wurden gerettet, Staaten verschuldet. Finanzhilfen und Haushaltsskürzungen konnten den Kollaps zunächst abwenden, führten aber zu Stagnation und Arbeitslosigkeit, politischer Polarisierung und extremem Wahlverhalten vor allem in den südlichen Mitgliedstaaten.

Der vorläufige Endpunkt des Niedergangs war die Flüchtlingskrise 2015. Ohne sich mit den anderen EU-Staaten ausreichend abzustimmen, öffnete die deutsche Bundesregierung die Landesgrenzen und innerhalb kurzer Zeit strandeten rund eine Million Flüchtlinge in Deutschland. Zur Überraschung der Deutschen waren die meisten EU-Staaten nicht dazu bereit, ähnlich großzügig zu handeln oder helfende Länder wie Deutschland auch nur zu entlasten. Ausgelöst durch diese Enttäuschung begann die öffentliche Meinung in Deutschland, die europäische Integration zur Diskussion zu stellen. Der gesellschaftsfähig gewordene Populismus hat





AUTOR

Rechtsanwalt Ludger Ramme (bdvb) ist seit 2015 Präsident des europäischen Führungskräfteverbandes CEC – European Managers. Zugleich ist er Hauptgeschäftsführer der ULA – United Leaders Association, der der bdvb gemeinsam mit 14 weiteren Verbänden angehört. Als Dachverband der deutschen Führungskräfteverbände stellt die ULA die übergreifende Vertretung angestellter Führungskräfte im politischen Raum sicher, während Mitgliedsverbände wie der bdvb die spezifischen berufs- oder branchenbezogenen Anliegen ihrer Mitglieder vertreten.

diesen Stimmungsumschwung geschickt instrumentalisiert. Aber auch die Presse hat ihren Anteil daran, Europa „herunterzuschreiben“. Im Vergleich zu nächstelangen Krisensitzungen des Ministerrats, Verungrimpfungen der Bundeskanzlerin als „Zuchtmeisterin“ Europas usw. sind die täglichen Erfolge der EU im Bereich von Reisen, Handel, Ausbildung, Märkten und Produktion etc. keine Nachricht wert.

Dabei hat die Europäische Einigungsidee, führt man auch sie auf ihre Ursprünge zurück, nichts von ihrer Anziehungskraft verloren. Wir dürfen nicht vergessen, dass sie aus den verheerenden Erfahrungen von zwei Weltkriegen, Tod, Flucht und Vertreibung geboren wurde. Es macht fassungslos, wie wenig von dieser existenziellen Erfahrung die neuen Protagonisten des Nationalismus verinnerlicht haben. Die Staatsmänner der Fünfzigerjahre, die die Union auf Frieden, Freiheit, sozialen Ausgleich und Kompromisse bauten, waren mit größerer Weitsicht ausgestattet.

»Es spricht für die Robustheit Europas, dass alle diese Faktoren noch nicht ausreichten, um die EU zu Fall zu bringen.«

Offenbar reicht die Argumentation mit geschichtlichen Zusammenhängen nicht mehr aus, um Begeisterung zu erzeugen. Wir müssen ein neues Narrativ entwickeln, eine Geschichte von der verheißungsvollen Zukunft aller Völker im geeinten Europa. Dies ist ein Prozess, in den alle staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen bis hin zu Schulen und Vereinen einbezogen werden müssen. Die digitale Vernetzung kann dies ermöglichen. Auch die öffentlich-rechtlichen Medien können wesentlich mehr tun, um über Europa und seine Vorteile zu informieren – ebenso wie manche privatwirtschaftlichen Unternehmen, die vom gemeinsamen Markt profitieren.

Vision darf allerdings nicht heißen, dass wir uns unrealistische Ziele setzen. Um Vertrauen und eine neue Identifizierung mit Europa zu ermöglichen, sollten erreichbare Projekte formuliert und nachvollziehbar umgesetzt werden. In den Anfängen der EU gab es eine kluge Selbstbeschränkung der EU auf das Prinzip der Subsidiarität: Der gemeinschaftlichen Ebene wurde nur dann eine Regelungskompetenz eingeräumt, wenn der betreffende Bereich auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene nicht besser geregelt werden

konnte. Wenn diesem Prinzip wieder mehr Beachtung geschenkt wird, erledigt sich der oft vorgebrachte Vorwurf der Brüsseler Regelungswut von selbst.

Als bevölkerungsreichstes und wirtschaftlich stärkstes Mitglied der EU spielt Deutschland bei der Formulierung einer solchen Vision eine entscheidende Rolle. Viele Europäer sind der Ansicht, dass die deutsche Industrie besonders vom gemeinsamen Markt und der gemeinsamen Währung profitiert. Daraus resultiert die Erwartung, dass Deutschland sich überproportional an der finanziellen Gesundung Europas beteiligt. Auf der anderen Seite wird befürchtet, Deutschland könnte wieder zur Hegemonialmacht werden. So wird das deutsche „Spardiktat“ als Unterjochung der schwächeren EU-Mitgliedstaaten angeprangert. Die Übernahme von Milliardenrisiken durch den deutschen Steuerzahler wird hingegen als selbstverständlich hingenommen.

Vor diesem Hintergrund muss Deutschland mit großer Nüchternheit agieren, seine Verantwortung wahrnehmen und Europa im wohlverstandenen Interesse der ganzen Union durch die Krise führen. Die aktuelle Bundesregierung ist dieser Aufgabe im Großen und Ganzen gerecht geworden. Kritisch wird es immer dann, wenn Deutschland den Anschein erweckt, Alleingänge zu unternehmen.

Innerhalb Deutschlands tragen wiederum die Führungskräfte, darunter viele Ökonomen, eine ganz besondere Verantwortung. Sie sind unabhängig im Urteil, wissen um die Bedeutung von Transparenz, Kommunikation und Kooperation, nehmen gegenüber ihren Mitarbeitern eine Vorbildfunktion ein und repräsentieren ihre Organisation nach außen. Was passt, wenn die Leistungseliten einer Gesellschaft hinsichtlich ihrer politischen Verantwortung versagen, dokumentiert die deutsche Geschichte. Umso mehr Grund haben deutsche Führungskräfte heute, zum Erfolg des vereinten Europas beizutragen, indem sie Fehlentwicklungen benennen und Lösungen entwickeln – im privaten und beruflichen Wirkungskreis ebenso wie in Verbänden wie dem bdvb.

«

Arbeiten in Europa

Grenzenlos, aber nicht immer folgenlos

Es sollte neben der Währungsunion „die“ Errungenschaft des vereinigten Europas werden: Das Recht eines jeden Unionsbürgers, in jedem Mitgliedstaat unter den gleichen Bedingungen zu arbeiten wie ein Angehöriger des auserwählten Staates. Ist die Umsetzung gelungen?



Die sog. Arbeitnehmerfreiheit garantiert gleichen Zugang, gleiche Entlohnung, gleiche Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer, ungeteilt ihrer Nationalität und Herkunft im nicht öffentlichen Sektor. Über die Jahre hat die Umsetzung dieses europäischen Grundgedankens zweifelsfrei zu der erhofften grenzüberschreitenden Vermischung von Arbeitsverhältnissen auf dem europäischen Arbeitsmarkt geführt. Von einer tatsächlichen, transparenten Einheitlichkeit ist die Praxis in den noch weit entfernt. Zu sehr ist das einzelne Arbeitsverhältnis noch vom Arbeitsrecht eines Mitgliedstaates beeinflusst, zu groß sind die Unterschiede der das Arbeitsverhältnis prägenden Merkmale.

Die EU-Politik der letzten Dekaden konzentrierte sich auf hohe Beschäftigungsquoten und starken Sozialschutz, auf die Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen. Beispiel hierfür ist die Richtlinie zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern, die in Form des Frauenarbeitschutzes in das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch eingeflossen ist. Auch die Modifizierung der Regelungen über den Betriebsübergang (jetzt § 613a BGB) beruht auf einer Richtlinie des Rates aus dem Jahr 1977.

Gerade dieses Erfordernis der Richtlinienumsetzung in das nationale Recht erschwert aber die Vereinheitlichung, so dass bislang nur Mindeststandards erreicht sind. Das Arbeitsrecht der Mitgliedstaaten weist zum Teil noch erhebliche Unterschiede auf.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die grenzüberschreitende Arbeitsverhältnisse eingehen, sollten sich daher vor Vertragsabschluss über die jeweiligen Regeln in arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Belangen erkundigen. Das Recht welchen Staates soll überhaupt zur Anwendung kommen? Oft ist den Vertragschließenden nicht bewusst, dass die Arbeitsbedingungen in den EU-Staaten gerade nicht vollständig vereinheitlicht sind. Wie ist es also mit dem italienischen Arbeitnehmer, der in Berlin für eine Gesellschaft mit Sitz in London tätig ist und die Auszahlung von Überstunden verlangt? Welche Kündigungsfristen gelten für die niederländische Reiseleiterin, die Rundreisen überwiegend in Spanien und Italien, jedoch für ein deutsches Unternehmen anbietet?

Nach Artikel 8 Abs. 1 der sog. Rom-I-Verordnung können Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbaren, welches Arbeitsrecht für ihren Vertrag

anwendbar sein soll. Das klingt einfach. Ist es aber nicht. Die Rechtswahl darf nämlich nicht dazu führen, dass zwingende arbeitsrechtliche Vorschriften umgangen werden. Eine nachteilige Abweichung durch Rechtswahl ist nicht zulässig. Meist handelt es sich um nationale Arbeitgeberpflichten. So sieht das Arbeitsrecht einiger europäischer Staaten (etwa Frankreich, Belgien) teilweise zwingende Abfindungszahlungen oder Regelungen zur Überstundenvergütung vor. Einer Rechtswahl sollte also zwingend eine Prüfung des nationalen Rechts vorausgehen. Nur so kann tatsächlich belastbar eingeschätzt werden, welche Risiken bestehen.

Wenn die Parteien keine Rechtswahl treffen, unterliegt der Arbeitsvertrag grundsätzlich dem Recht des gewöhnlichen Arbeitsorts. Der gewöhnliche Arbeitsort ist der Staat, in dem oder von dem aus der Arbeitnehmer tätig wird. Das ist unproblematisch in den

Fällen, in denen der Arbeitnehmer seine Tätigkeit ausschließlich an ein und demselben Ort erbringt. Wohnt er z.B. in Paris und arbeitet dort, ist – auch wenn er für eine Gesellschaft mit Sitz in Deutschland tätig ist – der gewöhnliche Arbeitsort in Frankreich. So einfach ist jedoch die Abgrenzung nicht immer. Häufig erbringen Arbeitnehmer ihre Tätigkeit nicht nur an ein und demselben Ort (z.B. Piloten, Monteure, Fernfahrer, Außendienstmitarbeiter). Existiert dann überhaupt ein gewöhnlicher Arbeitsort? Oder gilt hier das Recht des Staates, in dem sich die einstellende Niederlassung befindet? Die Einzelfallentscheidung ist jeweils schwierig und kann von Laien kaum getroffen werden.

Die empfindlichen Konsequenzen verdeutlicht folgender Fall aus der Praxis

Ein deutsches Unternehmen beschäftigte einen Arbeitnehmer im Außendienst in verschiedenen EU-Staaten. Wie vertraglich vereinbart fand zu diesem Zeitpunkt deutsches Recht Anwendung. Später setzte das Unternehmen den Arbeitnehmer ausschließlich in den Niederlanden ein und dieser verlegte seinen vorher auch schon grenznahen Wohnsitz in die Niederlande. Trotz des eindeutigen vertraglichen Wortlauts stellte sich ein deutsches Arbeitsgericht unter Beachtung oben genannter Rom-I-VO auf den Standpunkt, dass nicht ausschließlich deutsches Arbeitsrecht zur Anwendung kommt. Im Ergebnis war der Arbeitgeber dann auf Grundlage niederländischen Arbeitsrechts entgegen der deutschen Regelung bei Erkrankung des Arbeitnehmers verpflichtet, Entgeltfortzahlung für 104 Wochen (anstatt sechs Wochen) zu leisten.

Um solche Überraschungen zu vermeiden, sollte in sämtlichen arbeitsrechtlichen Belangen vorab ein Fachmann konsultiert werden.



AUTOR

Rechtsanwalt Gerd Stelzer, 1968 geboren, begann seine berufliche Laufbahn in wirtschaftsrechtlich ausgerichteten Kanzleien in Essen und Düsseldorf. Seit dem Jahr 2006 ist er Fachanwalt für Arbeitsrecht und berät mittelständische Unternehmen, Geschäftsführer, Vorstände ebenso wie leitende Mitarbeiter in allen Fragen des individuellen und kollektiven Arbeitsrechts. Als Dozent hält Rechtsanwalt Gerd Stelzer regelmäßig Vorträge und Seminare zu verschiedenen aktuellen arbeitsrechtlichen Themen.

Seit dem 1.1.2017 finden bdvb-Mitglieder bei unserem neuen Kooperationspartner Peters Rechtsanwälte, Düsseldorf, juristischen Rat.



EU-Karriere

Einstieg in die Beamtenlaufbahn bei der Europäischen Union

Viele träumen von einer EU-Beamtenkarriere in Brüssel oder Luxemburg.
Doch wie wird man eigentlich EU-Beamter?

Auswahlverfahren und Reserveliste

Für eine unbefristete Stelle als EU-Beamter ist das Bestehen eines Auswahlverfahrens erforderlich. Erfolgreiche Kandidaten, die alle Stufen bestehen, kommen auf eine sogenannte Reserveliste. Und nur wer sich auf dieser befindet, kommt für offene unbefristete Stellen als Beamter in Frage. Aber auch ein erfolgreich absolviertes Auswahlverfahren und die Aufnahme in eine Reserveliste stellen noch keine Einstellungsgarantie dar!

Verschiedene Laufbahnen

Als EU-Beamter auf Lebenszeit gibt es im Wesentlichen zwei Laufbahnen: AD-Beamte und AST-Beamte. Verwaltungsräte (auf Englisch „Administrator“, daher die Abkürzung AD) sind in etwa mit dem höheren Dienst in Deutschland vergleichbar. Assistenzkräfte (AST) entsprechen annähernd dem gehobenen Dienst. Kandidaten erhalten häufig die Empfehlung, eine AD-Karriere anzustreben, weil diese anspruchsvolleren Aufgaben und die Einstufung in höhere Gehaltsgruppen mit sich bringen.

Neben diesen unbefristeten werden auch befristete Stellen bei der EU angeboten. Hierfür ist i.d.R. kein oder nur ein reduziertes Auswahlverfahren erforderlich. Manche sehen eine solche befristete Stelle – neben Praktika – als Eintrittsmöglichkeit an und hoffen, dann „von innen“ (mit entsprechender praktischer Erfahrung) dauerhaft Karriere bei den Institutionen machen zu können. Jedoch ist dies ohne das (evtl. parallel betriebene) Bestehen eines Auswahlverfahrens praktisch unmöglich. Hier wird darauf daher nicht weiter eingegangen.

Auswahlverfahren

Es gibt drei Arten von Auswahlverfahren für EU-Beamte: allgemeine, die eher auf Generalisten abzielen, spezielle, mit Hilfe derer Experten für ein besonderes Aufgabenfeld gewonnen werden, sowie sprachbezogene Auswahlverfahren. Allgemeine und sprachbezogene Auswahlverfahren richten sich teilweise bereits an Hochschulabsolventen, teilweise wird zusätzlich Berufserfahrung vorausgesetzt. In jedem Fall ist Erfahrung aus einer vorangegangenen beruflichen Tätigkeit hilfreich, bei Spezialisten-Auswahlverfahren wird diese oft

sogar vorausgesetzt. Dabei sollten die detaillierten Anforderungen immer den jeweiligen Ausschreibungen entnommen werden. Organisiert werden die Auswahlverfahren zentral von EPSO, dem „Europäischen Amt für Personalauswahl“, die mit den Verfahren zur Personalauswahl betraute EU-Behörde (www.eu-careers.eu).

Zeitplan

Für die allgemeinen AD-Auswahlverfahren beginnt die Anmeldung üblicherweise im März. Das mehrstufige Verfahren (inklusive Auswertung) nimmt dann etwas mehr als ein Jahr in Anspruch. Erst dann beginnt für erfolgreiche Kandidaten die eigentliche Bewerbungsphase. Wenn das Profil gut auf eine Stelle passt, werden erfolgreiche Kandidaten über eine Datenbank ausgewählt und zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Empfohlen wird in jedem Fall, die internen Stellenausschreibungen (zu denen Laureaten Zugang erhalten) zu prüfen und Kontakte mit Dienststellen zu knüpfen, deren Aufgabenfelder zum eigenen Profil passen. Netzwerken ist auch hier das A und O!

Vorbereitung

Bevor es jedoch so weit ist, sollten Sie sich als Kandidat intensiv auf jede Phase des Auswahlverfahrens vorbereiten. Schon die Registrierung will gut überlegt sein, da hier unter Umständen wichtige Weichenstellungen erfolgen, z.B. die Wahl der zweiten Sprache (neben der Hauptsprache in der Regel die Muttersprache) oder ggf. die Entscheidung für eines der angebotenen Profile. Computerbasierte Tests dienen dazu, den Kandidatenpool zu reduzieren, und hier gilt: üben, üben, üben. Die Teilnahme an Vorbereitungsseminaren wird ebenfalls empfohlen, insbesondere dann, falls Sie es ins abschließende Assessment-Center geschafft haben und nach Brüssel eingeladen wurden.

Unterstützung

Die FG Europa bietet allen an der EU-Beamtenlaufbahn interessierten bdvb-Mitgliedern Informationen zum bevorstehenden allgemeinen Auswahlverfahren für EU-Verwaltungsräte. Anmeldung unter fg-europa@bdvb.de mit dem Stichwort „EU-Auswahlverfahren“ – Sie erhalten dann weitere Informationen (geplant ist u.a. eine Telefonkonferenz).

Fragen an:

Stefan Kohler



AUTOR

Stefan Kohler ist seit 2011 EU-Beamter und arbeitet in Luxemburg für die Europäische Kommission in der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen. Er hat zwei EU-Auswahlverfahren erfolgreich bestanden und war vor seiner Beamtenkarriere für mehr als 13 Jahre im Privatsektor tätig. Im bdvb leitet er u.a. die von ihm initiierte Fachgruppe Europa.

Warum treibt die EU einen so großen Aufwand für die Rekrutierung von EU-Beamten?

Stefan Kohler: Hier gibt es meiner Meinung nach drei Aspekte. Zum einen die auch aus dem deutschen Beamtenrecht bekannte Bestenauslese, d.h., für das jeweilige Profil sollen die am besten geeigneten Kandidaten ausgewählt werden. Hierfür werden Werkzeuge verwendet, die auch in der Privatwirtschaft genutzt werden, z.B. das „Assessment-Center“. Außerdem ist zweitens Fairness wichtig – Kandidaten sollen grundsätzlich bei gleicher Eignung vergleichbare Chancen auf Einstellung haben und das Verfahren selbst hat fair und einheitlich zu sein. Und drittens führt das Prinzip der Reservelisten dazu, dass nur Kandidaten für eine Stelle in Betracht gezogen werden, die das objektive Auswahlverfahren durchlaufen haben, was Günstlingswirtschaft (Einstellung von Personen aus dem Kreise von „Friends & Family“) ausschließt. Ohne Auswahlverfahren gibt es lediglich die Chance auf befristete Einstellung.

Wie attraktiv ist die Bezahlung von EU-Beamten?

SK: Es existiert immer noch der Mythos, EU-Beamte seien überbezahlt. Ich kann nur für den aktuellen Status quo sprechen, da sind die Gehälter angemessen. Hier in Luxemburg haben wir teilweise sogar Schwierigkeiten, freie Stellen zu besetzen, was auch an der Relation aus hohen hiesigen Lebenshaltungskosten und relativ moderaten Einstiegsgehältern (gerade bei Spezialisten mit Berufserfahrung) liegt. Wie bei den meisten anspruchsvollen Positionen kommt es am Ende auf das Gesamtpaket aus monetären und nicht monetären Bestandteilen an, wobei für mich Letztere klar dominieren. Außerdem geht es um die längerfristige Perspektive als Beamter, die ich für mich ebenfalls positiv beurteile.

Welche nicht monetären Vorteile sehen Sie konkret?

Ein Beamter bekommt im Gegensatz zur Privatwirtschaft keine Tantieme oder leistungsbezogene Vergütung. Es gibt lediglich eine jährliche Beurteilung und bei guter Leistung ggf. eine schnellere Beförderung in höhere Dienstgrade.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erscheint jedoch deutlich besser (Teil- und Elternzeit). Es gibt keine Teilzeitfalle wie bisher in Deutschland (d.h. der Teilzeitgrad kann relativ flexibel gesenkt und erhöht werden und eine Rückkehr zu Vollzeitarbeit ist jederzeit möglich) und die Kinderbetreuung ist kompatibel mit einer Berufstätigkeit beider Eltern. Am wichtigsten ist mir ferner die Art der Tätigkeit, die zu persönlichen Qualifikationen und Interessen passen muss – da schätzt ich mich glücklich auf meiner derzeitigen Position.

Was empfehlen Sie an einer EU-Karriere interessierten Mitgliedern?

Neben der guten Vorbereitung auf das Auswahlverfahren, zu dem die FG Europa Informationen und Hilfestellung bietet, ist eine Vernetzung sehr wichtig. Es reicht nämlich nicht aus, auf eine Reserveliste zu kommen, man muss auch herausfinden, wo man arbeiten möchte und welche auf das eigene Profil passenden Stellen es gibt. Informelle Kontakte sind dabei sehr hilfreich. Auch hierfür ist die FG Europa eine gute Anlaufstelle.

FACHGRUPPE EUROPA

Die Fachgruppe ist für neue Mitglieder offen und unter fg-europa@bdvb.de erreichbar. Von den Mitgliedern wird die regelmäßige Teilnahme an den Telefonkonferenzen der Fachgruppe erwartet, die etwa alle zwei Monate stattfinden.



Jetzt Mitglied werden und **viele Vorteile sichern!**

Laden Sie als bdvb-Mitglied Freunde, Kollegen, Kommilitonen zu einer vorteilhaften Mitgliedschaft ein. Wir belohnen Ihren Einsatz mit einer Prämie von:

- € 10 bei Studierenden,
- € 25 bei Studierenden mit Einkommen,
- € 100 bei vollzahlenden Mitgliedern und
- € 100 bei Firmenmitgliedschaften.

Fordern Sie Ihr Werbepaket (bdvb aktuell, WirtschaftsWoche, Flyer) in der Geschäftsstelle an. Am einfachsten ist es, auf unseren aktuellen Internetauftritt zu verweisen. Oder Sie nutzen unser Online-Tool „Mitglieder empfehlen den bdvb!“ (mehr dazu in bdvbintern)

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Kalenderjahr:

- € 149 jährlich – Einzelperson
- € 53 jährlich – Studierende
- € 99 jährlich – Studierende mit regelmäßigen Einkommen (über BAföG-Grenze)
- € 400 jährlich – Fördernde Mitglieder (Firmen, Behörden, Verbände und Organisationen)

Mit * gekennzeichnete Felder sind Pflichtfelder

Anrede* Herr Frau

Titel	
Name*	
Vorname*	
Straße*	
PLZ/Ort*	(Nur bei Firmenmitgliedschaft Ihre Firmenadresse angeben, sonst bitte Privatanschrift)
Telefon*	
Fax	
Mobil	
E-Mail*	
Geb.-Datum*	
Datum/Unterschrift*	

Angaben zum Studium/Beruf

Akademischer Abschluss
Examensjahrgang
Hochschule u. Ort*
Berufliche Position/Funktionsbereich
Firma/Organisation
Branche
Studiengang u. Semester

SEPA-Lastschriftmandat / Einzugsermächtigung

Um die Mitgliedsbeiträge von Ihrem Konto einzuziehen, muss eine Einzugsermächtigung in schriftlicher Form vorliegen. Aus organisatorischen Gründen erbitten wir vorab Ihre Kontodaten zwecks Bearbeitung:

Kontoinhaber
Geldinstitut
IBAN
BIC

Ich habe ein neues Mitglied geworben

Name
Vorname
Mitglieds-Nr.
Straße
PLZ/Ort

Im Rahmen meiner Mitgliedschaft gestatte ich dem bdvb die Verarbeitung und Nutzung meiner personenbezogenen Daten zu folgenden Zwecken: Eintrag ins verbandsinterne Mitgliederverzeichnis „Meinbdvb“, vorübergehende zweckgebundene Weitergabe an beauftragte Service-Partner des bdvb, Veröffentlichung meines Namens im Mitgliedermagazin „bdvb aktuell“ (Nichtgewünschtes bitte streichen). Die Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Bitte zurücksenden an:

Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V.
Florastraße 29
40217 Düsseldorf

oder nutzen Sie den Online-Antrag direkt unter
www.bdvb.de/mitgliedwerden

Ihre Vorteile als Mitglied

In der Mitgliedschaft enthalten:

- bdvbKompetenzPass – Aktivitäten-Nachweis zur Vorlage bei Bewerbungen, Geschäftsanbahnungen etc.
- Kostenlose Erstanalyse der Bewerbungsunterlagen
- Arbeitsrechtliche Erstberatung durch einen Fachanwalt im bdvb
- Regionale Veranstaltungen der Bezirks- und Hochschulgruppen sowie bundesweite Fachtagungen und Weiterbildungsangebote
- Vorträge, Workshops, Unternehmensbesichtigungen
- Berufsbezogene Fachgruppenarbeit
- Nützliche Kontakte / Informationen / Tipps / Empfehlungen

Sie erhalten Vergünstigungen bei:

- Literatur
- Karriereberatung
- Weiterbildungsseminaren / Tagungen
- Versicherungen / Finanzdienstleistungen
- Kultur / Hotels
- Mietwagen / Reisen
- Sport / Kommunikation

Vergünstigte Doppelmitgliedschaft mit:

- Deutscher Fachjournalisten-Verband (DFJV)
- Forum F3
- GABAL
- VÖWA (Österreichische Ökonomen)

Immer informiert:



„bdvb aktuell“
das Mitglieder-Magazin
(quartalsweise)



www.bdvb.de – das Online-Angebot im Internet, monatlicher Newsletter



die „WirtschaftsWoche“
52 x pro Jahr auch digital
als eMagazin und App
für iPad und iPhone möglich



Sixt Gold Card
garantierte zehn Prozent
Rabatt auf Mietwagen
und Transporter



Euro, das Monatsmagazin
für Wirtschaft, Börse und
Private Finanzen



Focus – das zukunftsorientierte
Nachrichtenmagazin ab sofort als
E-Paper für bdvb-Mitglieder gratis



Netzwerke Sachsen, Thüringen, Schwaben und Bodensee
Wirtschafts-Talks und Unternehmer-Tage
zu „Netzwerkpartner“-Preisen



Management-Pool der Universität St. Gallen
Blieben Sie wissenschaftlich am Ball und erhalten
fundierte Feedback aus Ihrem Marktumfeld